



Keupers

kritischer

Kommentar

04-01-2019

April 2019

## **Stärkung der Gemeinsamkeit, des Zusammenhalts.**

Die Sozialdemokraten wollen den "neuen Sozialstaat" schaffen, sie wollen ein „Recht auf Arbeit“ etablieren, sie wollen den Mindestlohn so erhöhen, dass ein auskömmliches Leben mit einer Teilhabe am Gesellschaftlichen möglich ist, und Hartz IV hinter sich lassen. Sie stellen die Formel von der guten Arbeit ins Zentrum ihrer neuen sozialen Agenda 2020. Sie fordern in einem Beschluss ihres Bundesvorstandes eine ganze Reihe von Maßnahmen, wie etwa eine neue "Familienarbeitszeit", oder das "Recht auf mobiles Arbeiten“ sowie eine absolute „Phase der Nichterreichbarkeit" und die Einführung eines „persönliches Zeitkontos“, auf dem Überstunden dauerhaft gesichert und für persönliche Bedürfnisse genutzt werden können. Außerdem einen "Rechtsanspruch auf Weiterbildung" und eine "Qualifizierungsgarantie".

Das sozialdemokratische Menschenbild hat ein erfülltes Leben zum Ziel. In welches das Modell des „Recht auf Arbeit“ passt, und darin auch die Forderung, dass ein vorläufiger oder auch längerfristiger Verlust der Arbeit nicht zum drastischen „Knock-out“ der Lebensperspektive führen darf. Besonders für ältere Arbeitnehmer soll ein längerfristiger Bezug des Arbeitslosengelds I und eine geförderte Qualifizierung hinsichtlich der sich verändernden Anforderungen der Arbeitswelt innerhalb eines Arbeitslebens ein soziales Abrutschen verhindern, und damit oft auch eine unauskömmliche Rente vermeiden.

Was heute als Hartz IV bezeichnet wird, soll nach Vorstellungen der Genossinnen und Genossen durch ein neu zuschaffendes Bürgergeld ersetzt werden, denn das „Recht auf Arbeit“ gilt auch für dessen Bezieher. Sie sollen nicht für ihre in der Regel unverschuldete längerfristige Arbeitslosigkeit vom Staat bestraft werden. Das Fördern in der Forderung nach „Fordern und Fördern“ muss bedeuten, dass auch sie ein Recht erhalten auf das Nachholen eines (fehlenden) Berufs- oder Schulabschlusses oder einer erforderlichen beruflichen Weiterbildung. Einer Weiterbildung, nach dessen erfolgreichen Abschluss ein entsprechend qualifizierter Arbeitsplatz angeboten werden muss. Das verstehen Sozialdemokraten eben unter „soziales Fordern und Fördern“!

Die SPD lehnt einen Sozialstaat ab, der seinen Bürgern misstraut, ihnen Angst macht oder sie aufgibt, sondern der seine Bürgerinnen und Bürger individuell absichert und unbürokratisch hilft. Einem Sozialstaat, dessen Unterstützung ein jeder erhobenen Hauptes annehmen kann, weil dieses ursächlich kein persönliches Versagen bedeutet.

Auch bei der Rente muss gewährleistet sein, dass jeder der Rentnerinnen und Rentner von dieser auskömmlich leben und an dem gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Viele der Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, aber nur prekären Arbeitsverhältnissen nachgingen oder hier und da einmal kurzfristig ohne Arbeit waren, sollen, so sieht es der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vor, eine Grundrente von mindestens 977 Euro erhalten, wenn sie 35 Jahre Rentenbeiträge eingezahlt haben. Auch dieser Vorschlag zur Einführung einer „Respekt-Rente“, ohne eine irgendwie geforderte Bedürftigkeitsprüfung, ist dem Motto: „Recht auf Arbeit“ geschuldet, eben einem „Recht auf Rente“ nach harter Lebensarbeitsleistung.

Überhaupt sollte nach Auffassung der Sozialdemokraten, in unserem reichen und wirtschaftlich starken Land, die Abhängigkeit von Sozialleistungen nur die Ausnahme von der Regel sein. Eine sozialdemokratisch geprägte Sozialpolitik will dieses zu mindest mit den zuvor aufgeführten Schritten auf den Weg bringen.

### **Das Gesellschaftliche, das Gemeinschaftliche muss in dem Mittelpunkt stehen.**

Und doch können diese, wie Andrea Nahles sagte „sozialen Reformen“ nur ein angedachter erster Schritt sein, zu einer großen umfassenden sozialen Neuordnung in einer großen Zukunftspolitik der Sozialdemokratie. Denn diese „sozialen Reformen“ lösen ja nur die sozialen Probleme von heute als vermeintliche Zukunftsaufgaben für morgen!

Die aufkommende Wohnungsnot in den Ballungsräumen und Stadtregionen, die drohende Unterversorgung in der Kranken- und Alterspflege, die maroden bzw. mangelnden Infrastrukturen im Verkehrssektor und in der digitalen Datenübertragung zeugen vom fehlerhaften Verhalten des Staates in Folge einer neoliberalen Ausrichtung der Politik und fördert zunehmend Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung vor dem vermeintlichen Versagen der Politik, vor dem vermeintlichen Versagen der demokratischen Gesellschaft.

Da muss nun dringend gegengesteuert werden. Das Gesellschaftliche, das Gemeinschaftliche muss wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt werden, insbesondere wenn die echten Herausforderungen der Zukunft, die digitale Evolution in der Wirtschafts- und Arbeitswelt, die notwendigen Maßnahmen bei Klima- und Umweltschutz, die Veränderungen aufgrund des demografischen Wandels und der Geschlechterpartizipation, in den nächsten 20 bis 40 Jahre sozialverträglich gelöst werden sollen. Eine weitreichende politische Zukunftsperspektive muss den Bürgerinnen und Bürgern präsentiert werden, damit sie wieder Vertrauen in die Politik, Vertrauen zur demokratischen Grundordnung entwickeln!

Darum, wenn die SPD wieder die bestimmende Regierungspartei werden will, muss sie die Wählerinnen und Wähler nicht nur mit sozialen Reformen, so dringend sie erforderlich sind, sondern mit einem umfassenden Zukunftsprogramm konfrontieren und überzeugen. Ein Zukunftsprogramm, welches einer immer mehr auseinanderdriftenden vielfältigeren sozialen und kulturellen Gesellschaft entgegen wirkt, die den Gedanken von Gemeinsamkeit und Zusammenhalt dem Denken des Neoliberalismus vom egozentrischen Machtstreben gegenüberstellt und in den Vordergrund rückt. Gemeinsamkeit und Zusammenhalt, welche, wie auch immer Globalisierung und Digitalisierung unser Leben verändern, die Grundlage und Voraussetzung für Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden, welche fundamentale persönliche Erfolge erst ermöglicht und absichert. Denn das Entstehen einer persönlichen Freiheit ist nur in einer starken sozialen und freien Zivilgesellschaft möglich!

Dazu muss die politische Grundidee der SPD nicht grundlegend geändert werden, auch wenn das intern manche immer wieder fordern. Aber diese Grundidee der SPD muss wieder stärker herausgearbeitet und auf die heutige bzw. auf die künftige Gesamtgesellschaft bezogen, aktualisiert, entstaubt und erkennbar gemacht werden. Dabei muss „Sozialer Fortschritt“ so definiert werden, dass auch schwierigste Veränderungen erträglich bleiben – durch (sozialdemokratische) Solidarität und (sozialen) Zusammenhalt.

Zusammenhalt und Gemeinsamkeit sind die Lebensformen, innerhalb dessen eigener Ehrgeiz und eigene Interessen gelebt werden können, wo materielle Erfolge, sei es besserer Lohn für gute Arbeit, erstrebenswerte bessere Einkommen, gerechtere Steuern oder adäquatere soziale Absicherung gute und richtige Ziele sind. Denn Gemeinsamkeit und das Zusammenleben braucht eben auch materielle Ziele, welche in einer (politische) Gesellschaft, in einer freien und sozialen Demokratie, als Zukunftsvision erstrebenswert und erreichbar anzustreben sind.

Die Sozialdemokratie muss den Zusammenhalt der Gesellschaft, den Gemeinsinn der Menschen als ihre Zukunftsvision wieder mehr in den Mittelpunkt ihrer politischen Agenda stellen, den sozialen Staat wieder stärken und das in den letzten Jahrzehnten vorherrschende „Neoliberale Denken“ überwinden.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 22. April 2019

Heinrich Keuper